

Politische Botschaften

Sondersitzung 23.03.2026



Unsere Erzählung

- Die Krise im Nahen Osten führt zu hoher Unsicherheit auf den internationalen Energiemärkten.
- Die Rohölpreise steigen weltweit, das ist der Grund für steigende Spritpreise in Österreich.
- Weder der Staat noch Unternehmen dürfen Krisengewinner sein.
- Bundeskanzler Christian Stocker handelt rasch und verantwortungsvoll.

Unsere Position

- Versorgungssicherheit hat oberste Priorität.
- Preisdeckel, lehnen wir ideologisch ab und diese führen zu Engpässen und leeren Tankstellen.
- An der Krise darf sich niemand eine goldene Nase verdienen, weder der Staat noch Unternehmen.
- Vom Bremsen der Spritpreise profitieren Haushalte, Betriebe und die Landwirtschaft.

Daher senken wir die Mineralölsteuer. Außergewöhnliche Krisengewinne von Unternehmen werden vermieden, indem Gewinnmargen auf einem marktüblichen Niveau vorübergehend eingefroren werden.

Unsere Maßnahmen im Detail

Wir greifen gezielt ein – ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden

- Senkung der Mineralölsteuer: Rückgabe der Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuer (~5 Cent pro Liter).
- Begrenzung außergewöhnlicher Margen (kein Preisdeckel!).
 - Margen entlang der gesamten Wertschöpfungskette können vorübergehend eingefroren werden.
 - Kosten bleiben gedeckt, marktübliche Gewinne bleiben möglich.
 - Ziel: Außergewöhnliche Krisengewinne verhindern, nicht den Markt außer Kraft setzen.
 - Vergleichbare Maßnahmen wurden z.B. in Kroatien eingesetzt – ohne Gefährdung der Versorgung.
- Klar definierter Krisenmechanismus: Aktivierung bei +30% Preisanstieg innerhalb von 2 Monaten laut Öl-Bulletin.

Modus der Maßnahmen

- Befristet bis 31.12.2026, Verordnungen gelten jeweils 1 Monat (verlängerbar).
- Bei Gefährdung der Versorgung jederzeit aussetzbar.
- Gesamtentlastung rund 10 Cent pro Liter.
- Preisspitzen werden gedämpft, Inflation abgefedert.
- Versorgungssicherheit bleibt gewahrt, ein Preisdeckel würde diese gefährden!

Unsere Maßnahmen auf EU-Ebene

Entlastung + Versorgungssicherheit auf allen Ebenen

- Bundeskanzler Christian Stocker hat im Europäischen Rat konkrete Entlastungen durchgesetzt.

Maßnahmen und Linie auf EU-Ebene

- Temporäre Ausnahmen beim ETS-Zertifikathandel – umgesetzt.
 - Dadurch: Senkung Gas- und Strompreise.
- Vorziehen der Evaluierung des ETS-Systems (bereits im Juni) – umgesetzt.
- Reform des Merit-Order-Systems vorantreiben.
- Gratiszertifikate sichern und ausweiten, um Kostenexplosionen zu verhindern.
- Berücksichtigung der besonderen Betroffenheit Österreichs (hoher Anteil erneuerbarer Energie).
- Nächste Schritte bei der Abschaffung des Österreich-Aufschlags durchgesetzt.

➤ Wir handeln auf allen Ebenen – national und in Europa.

➤ Während andere reden, setzen wir konkrete Maßnahmen durch.

FPÖ: Möchtegern-Patrioten, die gegen die Interessen Österreichs arbeiten

Fakten und Einordnung

- Unabhängig von der geopolitischen Einordnung: Fakt ist, dass die Energiepreise in Österreich wegen den Kriegen in der Ukraine und dem Iran steigen.
- Die FPÖ tritt gegenüber den Verursachern völlig unkritisch auf, hat einen Freundschaftsvertrag mit Kriegstreiber Putin und verherrlicht Trump, dessen autoritären Stil und dessen MAGA-Bewegung. Aber regt sich in Österreich über dessen Folgen auf.
- „Herbert Kickl: Trump bringt die Rückkehr zur Normalität“ ([FPÖ-TV](#)).
- Die Gefährdung durch Drohnen und Raketen ist immanent, trotzdem ist die FPÖ gegen Skyshield und gefährdet somit die Sicherheit der Menschen.

- Herr Kickl: Sie verbrüdern sich mit den Verursachern der Krisen und regen sich dann in Österreich über die Folgen auf?
- Ihre Außenpolitik ist scheinheilig.
- Sie gefährden die Sicherheit Österreichs.

FPÖ: Unfinanzierbares Spritpreis-Modell und PR-Gags mit dem Leid der Menschen

FPÖ-Forderung im Realitätscheck

- FPÖ fordert u.a. die Halbierung der Mineralölsteuer und die Abschaffung der CO₂-Bepreisung.
- Unfinanzierbar: Kostet 3,5 Milliarden Euro.
- Unwahrheit bei Gegenfinanzierung: Behauptung, diese wird durch das Einstellen der Ukraine-Hilfe erreicht, ist unwahr. Diese würde tatsächlich nur knapp 6% des Volumens ausmachen. Was ist mit den restlichen 94%?

PR-Gags mit dem Leid der Menschen

- Beim Möglichen nicht mitstimmen und das Unmögliche fordern – Keine Kompromisse bedeutet keine Verbesserung für die Menschen.
- Bizarre PR-Show mit Anmieten einer Tankstelle auf Parteikosten – skrupellose Selbstprofilierung mit dem Leid der Menschen.

- Herr Kickl: Ihre Forderung ist unfinanzierbar – Ihre Gegenfinanzierung basiert auf Unwahrheiten.
- Skrupellose Selbstprofilierung mit dem Leid der Menschen ist abzulehnen.